



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Anton Kreitmair, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder CSU**

Drs. 17/16205, 17/16929

Milchkrisen wirksam vorbeugen, Erzeuger stärken

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die vom Bundeskartellamt im aktuellen Sachstandsbericht vorgeschlagenen Möglichkeiten zur Stärkung der Erzeuger auf ihre Eignung und Wirksamkeit unter Berücksichtigung der bayerischen Strukturen sowohl auf Erzeuger- wie auf Molke- reiebene zu bewerten;
- im Hinblick auf anstehende Entscheidungen auf Bundes- und EU-Ebene sich dafür einzusetzen, dass hinsichtlich des Vorschlags bei mehreren Agrarministerkonferenzen „EU-weite, verpflichtende, zeitlich befristete und entschädigungslose Milchmengenreduzierung“ auf EU- und Bundes-Ebene eine Folgenabschätzung dieser Maßnahme vorgenommen wird und
- sofern sich dieses Instrument in der Folgenabschätzung als ein für bäuerliche Familienbetriebe

geeignetes und sinnvolles Instrument herausstellt, auf Bundes- und EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass die rechtlichen Voraussetzungen für die Anwendung dieser Maßnahme geschaffen werden.

Die Staatsregierung wird außerdem aufgefordert, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu berichten,

- über Art, Umfang und Inanspruchnahme der beschlossenen und zum Teil bereits umgesetzten Krisenmaßnahmen und deren kurz- mittel- und langfristige Wirksamkeit,
- welche Maßnahmen sich davon aus bayerischer Sicht als dauerhafte Kriseninstrumente eignen,
- welche zusätzlichen Maßnahmen, die bislang noch nicht angewandt wurden und aus Sicht der Staatsregierung geeignet sind, um Krisen vorzubauen bzw. abzumildern, welche rechtlichen Vorgaben gegebenenfalls hier angepasst werden müssten; dabei sollen auch die Möglichkeiten eines Versicherungsmodells mit Gewährung von Beihilfen im Rahmen der Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Betracht gezogen werden und
- welche weiteren Maßnahmen die Wirtschaft (Erzeuger, Verarbeitung und Handel) ergreifen sollte, um einer Krise zu begegnen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident